

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 20.02.2014
Sitzung Nummer:	30 (KT/30/2014)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:15 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Berlin

ab 17.06 Uhr

Herr Dr. Jörg Böhme

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Jürgen Emanuel

Herr Marcus Graubner

ab 17.35 Uhr

Herr Hardy Peter Güssau

ab 17.20 Uhr

Herr Horst Janas

Herr Ernst Jesse

Herr Uwe Klemm

Frau Steffi Kraemer

Herr Peter Krüger

Herr Wolfgang Kühnel

Herr Herbert Luksch

Herr Wolfgang März

Frau Christine Paschke

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Bernd Prange

Herr Detlef Radke

Herr Günter Rettig

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Gerd Schlaak

Herr Tiemo Schönwald

Herr Waldemar Schreiber

Herr Nico Schulz

Herr Udo Seidel

Herr Bodo Strube

Herr Norbert Tanne

Herr Tilman Tögel

Herr Eike Trumpf

Herr Frank Wiese

Herr Bernd Witt

Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Carsten Wulfänger
Herr Dr. Denis Gruber
Herr Sebastian Stoll
Frau Birgit Hartmann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ralf Bergmann
Herr Gerhard Imig
Herr Norbert Krebber
Herr Dr. Michael Kühn
Frau Katrin Kunert
Herr MR Dr. Volkmar Lischka
Herr Klaus-Peter Noeske
Herr Dr. Rudolf Opitz
Herr Chris Schulenburg
Herr Eduard Stapel
Herr Dr. Volker Stephan
Herr Torsten Werner

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Einwohnerfragestunde
 - 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 29. Sitzung des Kreistages Stendal am 19.12.2013
 - 5 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend
 - 6 Vertrag über die Förderung des Theaters der Altmark Stendal - Landestheater Sachsen-Anhalt-Nord (Zeitraum 2014 - 2018)
Vorlage: 540/2014
 - 7 Rettungsdienstbereichsplan für den Landkreis Stendal
Vorlage: 544/2014
 - 8 Kostensatz für örtliche Prüfungen
Vorlage: 542/2014
 - 9 Bundesgartenschau 2015 - eine Herausforderung nicht nur für Havelberg, sondern für die gesamte Region
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 549/2014
 - 10 Vertretung des Landrates in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung des Landkreises Stendal mbH und der Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstel mbH
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 543/2014
 - 11 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17:00 Uhr die 30. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Frau Anne Grellmann aus Tangermünde engagiert sich in einer Initiative, die das Wirken des NABU Kreisverbandes Stendal hinterfragt. Sie hat dazu folgende Fragen.

1. Welche hoheitlichen Aufgaben wurden wann dem NABU Stendal e. V. für seine Tätigkeit in der Region Stendal übertragen?
2. Welche öffentlichen Mittel wurden oder werden besagtem NABU für seine Tätigkeit in der Region Stendal übertragen?
3. Hat die Tätigkeit des NABU Stendal e. V. im Landkreis Stendal dazu geführt, dass wichtige Vorhaben des Landkreises behindert oder verhindert wurden?

Der Landrat antwortet wie folgt:

Zu Frage 1: Welche hoheitlichen Aufgaben wurden dem NABU übertragen? Antwort: Keine.

Zu Frage 2: Welche öffentlichen Mittel hat der NABU e. V. in den letzten Jahren erhalten? Antwort: Keine, die mir jetzt bekannt sind. Es wird immer auf die 10 T€ abgestellt, die das ZÖNU e. V. in Buch jährlich erhält. Das ZÖNU hat aber mit dem NABU nicht direkt etwas zu tun.

Zu Frage 3: Hat die Tätigkeit des NABU Vorhaben im Landkreis Stendal verhindert?

Antwort: Mir sind im Moment keine Vorhaben bekannt, die der NABU verhindert hätte. An dieser Stelle weise ich noch einmal darauf hin, dass das Bucher Brack, bei dem es die Probleme mit dem NABU gab, im Jerichower Land liegt und nicht im Landkreis Stendal.

Frau Grellmann hat zur 2. Frage eine Nachfrage: Das ZÖNU in Buch ist ein selbständiger Verein, steht aber unter der Schirmherrschaft des NABU Deutschland. Es hat dort mehrere Grundstücke und eine Immobilie. Gibt es hier Investitionsförderung für den Aufbau, für strukturelle Dinge und ähnliches?

Der Landrat sagt, dass Herr Dr. Gruber mit einem Ausschuss des Kreistages vor ein paar Tagen erst in Buch gewesen ist und die Frage beantworten kann.

Herr Dr. Gruber erläutert, dass das ZÖNU (Zentrum für Ökologie, Natur- und Umweltschutz) in Buch jährlich 10 T€ aus dem kreislichen Haushalt erhält. Diese finanzielle Förderung fließt für die Umweltbildung im Bereich von Jugendgruppen und Kindern ein, um das Umweltbewusstsein zu schulen. Andere Mittel werden vom Landkreis nicht vergeben. Das ZÖNU und der NABU sind auch rechtlich unterschiedlich. Der NABU setzt sich deutschlandweit aus verschiedenen Kreisverbänden zusammen. Der NABU Kreisverband Stendal erhält keine finanzielle Unterstützung seitens des Landkreises. Das ZÖNU ist ein Projekt, das mit staatlichen Geldern gefördert wird. Der Landkreis Stendal bezuschusst den Verein jährlich mit einer Förderung von 10 T€ für Umweltbildung im Bereich von Jugendgruppen und Kindern.

Der Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz war in Buch zu Gast. Dort hat Frau Neuhäuser umfangreich über die Arbeit des ZÖNU referiert. Es wurde vorgestellt, was eigentlich die Arbeit des ZÖNU ausmacht und welche Aufgaben dort in der Kinder- und Jugendbildung, aber auch in der erweiterten Erwachsenenbildung betrieben werden.

Weitere Fragen gibt es nicht.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 7. Februar 2014,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 36 Mitglieder des Kreistages + der Landrat anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur Tagesordnung gibt es keine Wortmeldungen.

Einstimmig bestätigt der Kreistag die vorliegende Tagesordnung.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 29. Sitzung des Kreistages Stendal am 19.12.2013

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwände gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 29. Sitzung des Kreistages Stendal am 19.12.2013 fest.

zu TOP 5 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend

Der Vorsitzende erteilt dem Landrat das Wort.

Der Landrat geht zunächst auf die Haushaltsgenehmigung für 2014 ein. Das Genehmigungsschreiben vom 12.02.2014 beinhaltet folgende Entscheidungen:

1. Von einer Beanstandung des Beschlusses über die Haushaltssatzung 2014 wird abgesehen.
2. Die Genehmigung des in § 2 der Haushaltssatzung auf 200 T€ festgesetzten Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird in voller Höhe erteilt.
3. Die unter Nr. 2 getroffene Entscheidung ergeht unter der auflösenden Bedingung, dass die Genehmigung in der jeweiligen Höhe entfällt, in der der Landkreis Zuweisungen gemäß § 16 Abs. 2 FAG zur Erbringung des Eigenanteils bei nach § 3 Abs. 1 EntflechtG geförderten Straßenbaumaßnahmen erhält.

Derzeit sieht es so aus, dass der Landkreis die vorgesehene Kreditaufnahme von 200 T€ nicht in Anspruch nehmen muss, da der Landkreis für zwei der drei Straßenbauvorhaben wahrscheinlich eine Förderung erhält. Bei einem Straßenbauvorhaben sind wir relativ sicher, eine Förderung zu bekommen, und beim zweiten gibt es eine 50 % Sicherheit. Beim dritten Straßenbauvorhaben wissen wir nicht, ob wir die 80 %-Förderung erhalten. Bei diesem Straßenbauvorhaben handelt es sich um die Brücke bei Falkenberg. Solange wir nicht wissen, ob die Förderung von 80 % steht, brauchen wir über die 20 % Eigenanteil auch nicht reden. Und selbst wenn die Förderung erfolgen sollte, haben wir eine Maßnahme im Haushalt, die finanziert ist, sodass sich die Einschränkung bei

der Kreditgenehmigung nicht als problematisch darstellt. D. h., wir können ganz normal in diesem Jahr mit dem Haushalt verfahren.

Das Landesverwaltungsamt hat sich den Haushalt ganz genau angesehen und uns auf etlichen Seiten Hinweise für die Zukunft gegeben. Dem Landesverwaltungsamt ist auch klar, dass dieser Haushalt von einem einmaligen Sondereffekt lebt (STARK II-Tilgungszuschuss von ca. 2,5 Mio. €). Für die Zukunft sagt uns das Landesverwaltungsamt, dass man den nächsten Haushalt wahrscheinlich nur genehmigen werde, wenn eine Eröffnungsbilanz vorliegt. Weiterhin soll der Kreis alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu bekommen. Was mindestens im nächsten Jahr enorm schwierig wird. Wir sollen dabei an die Kreisumlage denken. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Kostendeckungsgrade der Kreisvolkshochschule und Kreismusikschule unterdurchschnittlich sind. Auf die Kostendeckungsgrade werden wir also ein Auge haben müssen. Mit Sicherheit sind sie bei der nächsten Haushaltsgenehmigung zu erklären.

Die Eröffnungsbilanz werden wir dem Kreistag erst am 25.09.2014 vorlegen. Sie wird in 14 Tagen fertig sein und muss dann umfangreich geprüft werden. Zum Kreistag im April würden wir es auch nicht schaffen. Abgesehen von der konstituierenden Sitzung ist der nächste reguläre Kreistag am 25.09.2014. Bis dahin wird es die Eröffnungsbilanz geben. Auch die Mitteilung über die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2013 liegt zu diesem Termin vor.

Die Beratungsfolge für den Haushaltsplan 2015 ist so geplant, dass im Oktober 2014 mit den Beratungen in den Ausschüssen angefangen wird. Die 1. Lesung soll im Kreistag am 6. November 2014 sein. Wenn Sie dem zustimmen, ist die Beschlussfassung für den Haushalt 2015 im Kreistag am 18. Dezember 2014, sodass wir nach Möglichkeit für den Haushalt im nächsten Jahr auch wieder eine vernünftige Zeitschiene haben, um frühestmöglich handlungsfähig zu sein.

Das zweite Thema ist die Nutzung der Gelben Tonne landkreisweit. Hierüber wurde zum Teil schon öffentlich informiert. Der Vertrag mit dem DSD endet zum 31.12.2014. Derzeit werden Verhandlungen mit dem DSD über die flächendeckende Einführung der Gelben Tonne geführt. DSD verfährt nach dem Prinzip Entweder/Oder. Also entweder alle die Gelbe Tonne oder alle den Gelben Sack. Der Gelbe Sack ist in den letzten Jahren nicht gerade der Renner gewesen. Deshalb ist für die Zukunft die Gelbe Tonne vorgesehen. Bisher haben schon mehr als ein Viertel der privaten Haushalte im Landkreis (26,6 %) die Gelbe Tonne. Ab 2015 sollen es dann alle sein. Es wird sich der Abfuhrhythmus von derzeit 14 Tagen auf dann vier Wochen verändern. Durchschnittlich hat ein Haushalt pro Woche einen Gelben Sack. Ich habe bei mir zu Hause mal geschaut und denke, das passt schon. In die Gelbe Tonne passen 4 bis 6 Gelbe Säcke. Über dieses Thema ist mit den Bürgermeistern gesprochen worden. Wir haben auch die Presse darüber informiert. Wir müssen die Öffentlichkeit soweit als möglich mitnehmen, damit die Übergangszeit, die ab I. Quartal 2015 beginnen soll und in der der Gelbe Sack und die Gelbe Tonne noch parallel laufen, so kurz und unproblematisch als möglich ist. Dort, wo es unbedingt notwendig sein sollte - in engen Ortszentren -, werden wir Sonderlösungen finden. In Großwohnanlagen und bei Gewerbetreibenden gibt es natürlich kürzere Entsorgungszeiten. Ziel ist, dass der Landkreis und die Bürger keine Kosten haben. Für uns ist es der erste Schritt/Grundlage für die zukünftige Wertstofftonne. Die Wertstofftonne wird ja kommen. Wir werden nicht noch eine zusätzliche Tonne einführen, sondern die Gelbe Tonne wird zur Wertstofftonne umfunktioniert, wenn sie dann vom Bund flächendeckend vorgeschrieben ist.

Als nächstes spricht der Landrat die Schulentwicklungsplanung an. Eine Genehmigung liegt noch nicht vor. Das Land sagt uns ganz klar, man will erst die Beschlüsse aller Kreistage vorzuliegen haben. Ein Kreistagsbeschluss aus dem Süden von Sachsen-Anhalt fehlt noch. Alle anderen haben beschlossen. Wenn alle Beschlüsse vorliegen, wird eine Genehmigung erteilt. Vor Ende März/Anfang April haben wir wahrscheinlich keine Genehmigung vorzuliegen. Solange müssen wir uns noch gedulden. Mir wäre es lieber, wenn wir schon eine Genehmigung hätten, weil die Eltern Sicherheit haben wollen und wir mit den Busfahrvarianten weiter kommen möchten.

Nachwievor bestehen zwei Probleme. Das eine Problem ist in Werben. Eine ganze Reihe von Eltern wollen ihre Kinder in Seehausen anmelden. Das Landesverwaltungsamt prüft momentan, ob es da zu einer besonderen Einzelfallhärte kommt. Hier sind wir mit dem Landesverwaltungsamt als Genehmigungsbehörde im Gespräch. Das zweite Problem sind die Kinder aus Schollene. Kinder aus Schollene wurden in Groß-Wudicke und Rathenow angemeldet. Das sind die beiden Grundschulen im Brandenburgischen. Dazu laufen derzeit Gespräche. Frau Braun und Herr Dr. Gruber haben heute erst Gespräche in Klietz geführt. Es wird auch noch einmal eine Versammlung am 20. März in Schollene geben, um die Eltern zu überzeugen, dass es vernünftige Bedingungen in Klietz gibt.

Natürlich wollen wir den Eltern aller Grundschulen die Sicherheit geben, wie es nach den Sommerferien weiter geht. Deshalb sollen nach Möglichkeit ab 01.07. die Busfahrpläne für den Zeitraum nach den Ferien klar sein. Der 01.07. ist drei Wochen vor Beginn der Sommerferien. Der Termin 01.07. deshalb, damit man nicht erst am letzten Ferientag gucken muss, wo der entsprechende Bus abfährt. Für manch einen ist es doch etwas Neues. Und da wollen wir Sicherheit geben.

Mit dem Minister habe ich noch einmal über unsere Außenstellenvarianten gesprochen und habe versucht, die Thematik plausibel darzulegen. Ich denke, dass ist auch gelungen. Offen war ja noch, ob wir es genehmigt bekommen. Hier bin ich eigentlich guter Dinge.

Ich muss Sie darüber informieren, dass es in den nächsten Tagen und Wochen zu Warnstreiks im Landkreis kommen kann, die die Linien- und Schülerbeförderung betreffen. Darüber hat uns Verdi informiert. Die Warnstreiks betreffen ein Subunternehmen von Stendal-Bus. 120 Busse sind im Landkreis im Einsatz. Davon sind 30 Busse wahrscheinlich betroffen. Sollte es zu Warnstreiks kommen, sind wir auf die Medien angewiesen. Warnstreiks werden maximal einen Tag vorher angekündigt. Über Presse und Rundfunk werden wir informieren und sind auch davon abhängig, dass der Rundfunk unsere Meldungen bringt. Des Weiteren werden die Internetseiten des Landkreises und Stendal-Bus mit den Informationen bestückt. Der Grund für die Warnstreiks sind Gehaltsforderungen der Busfahrer. Wenn es zu Warnstreiks kommt, müssen wir schauen, wie sich diese in den nächsten Tagen und Wochen entwickeln.

Der Landkreis Stendal ist auch Kommunalaufsichtsbehörde. Ich will Sie informieren, dass ich in Tangerhütte einen Beauftragten (Herrn Sturm) ab dem 03.03.2014 bis voraussichtlich 31.07.2014 einsetzen werde, da die Bürgermeisterin seit Sommer 2013 krank ist. Die vorläufige Dienstunfähigkeit wurde festgestellt. Die Stellvertreter sind mit dieser Aufgabe auf Dauer überlastet. Deshalb werden wir für den genannten Zeitraum einen Beauftragten für die Bürgermeisterin einsetzen.

In Arneburg-Goldbeck wurde seinerzeit ebenfalls ein Beauftragter eingesetzt. Seine Tätigkeit ist jetzt dort beendet, da es eine Wahl gab. Der Verbandsgemeinderat hat beschlossen, die beiden vorliegenden Wahleinsprüche abzulehnen.

Zum Thema Hochwasser will ich heute keine Zahlen nennen. Informieren möchte ich jedoch über die Katastrophenschutzschulung. In den Gemeinden sind Gespräche dazu geführt worden. Es wurde ein Bedarf von 200 Mitarbeitern (150 Mitarbeiter Landkreis und 50 Kameraden der Feuerwehr) ermittelt, die für den zukünftigen Katastrophenfall geschult werden müssen. Wir haben gesehen, dass wir für vier Wochen Katastrophe wesentlich mehr Leute benötigen als bisher. 6 Lehrgangsplätze waren bislang am Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge für den Landkreis gebucht. Nun hat uns das IBK Heyrothsberge mitgeteilt, dass man alle 200 Mitarbeiter schulen werde. Die Schulungen werden auch so erfolgen, wie wir es wünschen; in unseren Räumlichkeiten der Kreisverwaltung hier in Stendal und nicht in Heyrothsberge. Die Lehrgänge beginnen im II. Quartal d. J.

Frau Braun geht auf das Thema Schulentwicklungsplanung ein: Wenn ich jetzt höre, dass das Land signalisiert, dass aufgrund dessen, dass Kreistage sich erst verspätet zur Schulentwicklungsplanung durchgerungen haben, diejenigen darunter zu leiden haben, die pflichtgemäß die gesetzlichen Vorgaben einhalten, dann erhebe ich ausdrücklich Protest gegen diese Vorgehensweise. Ich erwarte vom Landrat, dass er den Protest weiterleitet. Wie kann es angehen, dass hier jeder machen kann, was er will. Auf der einen Seite gibt uns das Gesetz Fristen, Zahlen und Richtlinien vor. Es wird gesagt, wir haben es zu tun, sonst wird Ersatzvornahme vorgenommen. In den Fällen, bei denen die Kreistage keine Entscheidung gefällt haben, kann das Land dann Ersatzvornahme nach geltendem Recht vornehmen. Ich protestiere erheblich dagegen, dass so etwas überhaupt vermittelt werden soll. Das kann man nicht vermitteln. Dann kann ja jeder in diesem Land machen, was er will.

Wenn es darum geht, dass wir Schulstandorte erhalten wollen und das unser Land Sachsen-Anhalt bundesweit am meisten mit dem demographischen Wandel zu kämpfen hat, dass wir am meisten Abwanderungen zu verzeichnen und am meisten Jugendarbeitslosigkeit haben, dann kann ich nicht nachvollziehen, wie es angehen kann, dass das Kultusministerium verkündet, wir müssen uns öffnen und wir können länderübergreifend Kinder beschulen lassen. Das ist der zweite Protest, den ich hier anmelde. Weil man 20 Kinder aus Niedersachsen in eine Region bekommt, heißt das noch lange nicht, dass das für alle Landkreise von Nutzen ist. Denn wenn ich an das Problem Schollene denke, an den Havelberger Raum, dann kann das tödlich für die infrastrukturelle

Entwicklung sein. Wir können nicht zulassen, dass wir uns selbst ausdünnen. Diese Kinder, die weggehen, werden dort Freundschaften schließen, heiraten, Berufe finden und sich niederlassen. Sie sind in den nächsten 50 Jahren verloren. Damit werden wir weiterhin eine infrastrukturelle Schwäche bekommen. Ich möchte alle auffordern, die in der Entscheidung stehen, und die Landtagsabgeordneten spreche ich in erster Linie an, an das Ministerium heranzutreten, so etwas sein zu lassen und dagegen einzuschreiten. Herr Landrat, Sie fordere ich ebenfalls auf, die Interessen des Landkreises Stendal zu vertreten.

Der Landrat hat beide Punkte mit dem Kultusminister vor 14 Tagen in Osterburg schon besprochen. Er werde sie aber noch einmal aufgreifen, fixieren und dem Kultusminister schriftlich kundtun. In dem Sinne trifft es genau seine Meinung.

Frau Dr. Paschke möchte ebenfalls zu dem angesprochenen Problem sprechen: Ich habe eben bei Herrn Güssau die Daumen-hoch-Geste gesehen, als Frau Braun gesprochen hat. Im Bildungsausschuss des Landtages ging es darum, eine Mehrheit zu finden, dass aufgrund der landesweit laufenden Initiative die Grundschulproblematik noch einmal aufgerufen wird. Im Bildungsausschuss gab es dazu keine Mehrheit. Dann nutzt es auch nicht, wenn man im Kreistag den Finger hoch hebt. In der letzten Landtagssitzung hatten wir eine Anfrage zur Genehmigung der Schulentwicklungsplanung gestellt. Das Argument kam nicht, dass wir auf irgendwelche Kreise warten müssen. Für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld gab es eine Verlängerung, was schon lange eingereicht war. Andere Kreise gibt es nicht. Es wurde gesagt, dass alle Landkreise im März/Anfang April die Genehmigung zur Schulentwicklungsplanung erhalten.

An Frau Dr. Paschke gerichtet sagt Herr Güssau, ich rede ungern zu Themen des Landrates über Landtagsangelegenheiten hier im Kreistag. Erstens, weil er bei der Sitzung nicht dabei war. Und zweitens hat das Thema, dass Sie aufrufen, nichts mit dieser Sache zu tun. Es ärgert mich schon, wenn Sie über Dinge berichten, bei denen Sie gar nicht involviert waren. Mein Daumen hoch für Frau Braun hatte noch einen anderen Hintergrund. Sie können nicht den Daumen hoch einfach mal so interpretieren. Es gibt auch den Daumen hoch bei Facebook. Der Daumen hoch kann unterschiedliche Wirkung haben. Ich möchte Frau Braun dahingehend unterstützen, dass das Ministerium klare Verhältnisse und Regeln schafft. Und die Regeln müssen für alle gelten. Dafür stehe ich und dafür steht auch die Fraktion der CDU im Landtag. Was da gerade im Süden Sachsen-Anhalts abläuft, passt mir überhaupt nicht. Wir reden über die Verordnung eines Ministeriums und nicht einer Partei oder Gruppe.

Herr Tögel spricht das Thema Gelbe Tonne an. Ich bin prinzipiell für die Gelbe Tonne. Ich halte es auch für sinnvoll, irgendwann auf die Wertstofftonne zu kommen. Ich will aber den Hinweis geben, dass die Erfahrungen, die bisher ausschließlich im ländlichen Raum mit der Gelben Tonne gemacht wurden, überhaupt nicht mit dem zu vergleichen ist, was in den Städten los ist. Ich weiß auch nicht, ob die Bürgermeister dazu aussagefähig sind. Ich kann das am eigenen Beispiel verdeutlichen. Und ich bin hier bestimmt kein Einzelfall. Ich wohne in der Bahnhofsvorstadt in Stendal. Im Haus wohnen 4 Mietparteien, die jetzt schon 12 Mülltonnen auf dem Hof zu stehen haben. Mit der Gelben Tonne kommen noch 4 dazu. Irgendwann ist auch mal das Ende der Fahnenstange. Die Stadt ist anders als der ländliche Raum zu betrachten. Das will ich in die Diskussion einflechten lassen. Ich bin an der Stelle zum jetzigen Zeitpunkt nicht völlig begeistert von dieser Idee, weil das irgendwann auch ein Platzproblem in den Städten ist.

Der Landrat antwortet Herrn Tögel, so wie Sie es angesprochen haben, wurde das Problem mit den Bürgermeistern diskutiert.

Herr Tögel sagt dazu, dass die Bürgermeister das Problem auch nicht lösen können, weil diese auch keine Stellplätze in die Hinterhöfe der Eigentümer zaubern können.

zu TOP 6 Vertrag über die Förderung des Theaters der Altmark Stendal - Landestheater Sachsen-Anhalt-Nord (Zeitraum 2014 - 2018)
Vorlage: 540/2014

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Frau Braun erklärt, dass der Schul-, Sport- und Kulturausschuss bei seiner letzten Sitzung die Vorlage einstimmig befürwortet hat.

Herr Zimmermann möchte nicht widersprechen, was Frau Braun gesagt hat. Es stimmt, der Schulausschuss hat der Vorlage einstimmig zugestimmt. Ich denke mal, ich bin einer der wenigen ständigen Theatergänger hier im Saal und nehme mir deshalb das Recht heraus, einige Sätze dazu zu sagen.

Das Theater der Altmark hat in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung genommen. Dafür spricht einmal das Jugendtheater, das sehr gut läuft. Viele Klassenzimmerstücke laufen gut. Vor allem auch Stücke, die gegen rechtes Gedankengut gerichtet sind. Aus dem vorigen Jahr habe ich insbesondere eine Veranstaltung in Erinnerung (100 % dabei – 100 % daneben), bei der hinterher sehr gute Diskussionen mit Zuhörern und kompetenten Mitstreitern durchgeführt wurden. Wir alle konnten uns am 10. Januar beim Neujahrsempfang überzeugen, dass auch das Musiktheater, das leider nicht zu unserer Sparte gehört, sehr gute Aufführungen zustande bringt. Ich will damit sagen, dass die finanzielle Zuwendung des Landkreises für das Theater der Altmark sehr gut investiert und angelegt ist. Ich würde mich freuen, wenn der Altmarkkreis Salzwedel einen stärkeren Beitrag dazu leisten würde, als man das in der Vergangenheit geleistet hat. Und ich möchte alle Anwesenden aufrufen, dass Theater doch regelmäßiger zu besuchen.

Seitens des Kreistages bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

zu TOP 7 Rettungsdienstbereichsplan für den Landkreis Stendal
Vorlage: 544/2014

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Herr Stoll erklärt, dass der Rettungsdienst im Landkreis Stendal zum 01.01.2015 neu zu vergeben ist. Entsprechend des § 7 des aktuellen Rettungsdienstgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ist der Rettungsdienstbereichsplan als Satzung zu beschließen. Dieser liegt Ihnen vor und wurde im Rettungsdienstbeirat am 21. Januar 2014 zugeleitet vorgestellt und abgestimmt. Im Rettungsdienstbereichsplan sind die Hilfsfristen fixiert, die sich am Rettungsdienstgesetz des Landes bemessen. Die Hilfsfrist beträgt für Rettungswagen 12 Minuten und für die Notarzteeinsatzfahrzeuge 20 Minuten. Weiterhin wurde in der Satzung die personelle Besetzung der Rettungsfahrzeuge festgelegt. D. h., es kommen insbesondere Ärzte, Rettungsassistenten und Rettungssanitäter zum Einsatz, die nach der Ärztekammer des Landes Sachsen-Anhalt dazu befugt sind. Wir erwarten weiterhin die Ausstattung und Einrichtung der Rettungsmittel, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie dem Stand der Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft entsprechen. Des Weiteren wurde in der Satzung der bereichsübergreifende Rettungsdienst festgeschrieben. Das bedeutet, dass die Rettungswache Seehausen für den Bereich Arendsee im Nachbarlandkreis notärztliche Leistungen erbringt. Die Rettungswache in Havelberg erbringt notärztliche Leistungen für den Bereich Glöwen. Für den Bereich Schollene erfolgt die notfallrettungsmäßige Versorgung durch die Rettungswache Rathenow und der Bereich Burgstall/Angern wird vorrangig durch die notärztliche Leitung der Rettungswache Tangerhütte abgedeckt. Auch die Integrierte Leitstelle des Landkreises hat im Rettungsdienstbereichsplan Niederschrift gefunden. Die Disponenten sind 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr erreichbar und übernehmen die Koordinierung des Rettungsdienstes für unseren Landkreis und für den Altmarkkreis Salzwedel. Gleichzeitig steht die Leitstelle für Brandschutzhilfleistungen und für Katastrophenschutz als Anlaufstelle und disponiert die qualifizierte Patientenbeförderung. Der Anlage sind die 7 Standorte der Rettungswagen und Mehrzweckfahrzeuge im Landkreis Stendal ersichtlich. Mindestens ein Rettungswagen und/oder ein Mehrzweckfahrzeug sind rund um die Uhr 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr im Einsatz. Die Standorte sind Stendal, Seehausen, Osterburg, Tangerhütte, Tangermünde, Kläden und Havelberg. Hinzu kommen 4 weitere Standorte für Notärzte in Stendal, Tangerhütte, Havelberg und Seehausen. Im Rettungsdienstbereichsplan wurde der bodengebundene Rettungsdienst definiert. Darüber hinaus können wir primär im Rahmen der Notfallrettung auch nicht bodengebundene Rettungsmittel einsetzen. Hierfür stehen dem Landkreis die Standorte für Rettungshubschrauber in Magdeburg, Brandenburg und Perleberg zur Verfügung.

Ich bitte um Zustimmung zu der Vorlage Drucksache Nr. 544/2014.

Frau Dr. Paschke geht darauf ein, dass sich der Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit ebenfalls mit der Vorlage beschäftigt hat. Es wurde besonders positiv hervorgehoben, dass im Gegensatz zu anderen Gebieten im Land Sachsen-Anhalt wir schon sichergestellt haben, dass sich alle 3 Krankenhäuser eingebunden fühlen. Das ist ja neu im Gesetz. Es wurde auch positiv hervor gehoben, dass wir durch eine geschlossene Rettungskette Bewerber aus dem europäischen Raum, die mit dem Katastrophenschutz recht wenig zu tun haben, ausschließen können und es damit eine Tarifgebundenheit gibt. Insofern war der Ausschuss dafür und hat den Rettungsdienstbereichsplan bestätigt.

Weitere Wortmeldungen zur Vorlage gibt es nicht.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 8 Kostensatz für örtliche Prüfungen
Vorlage: 542/2014**

Der Vorsitzende sagt zur Vorlage folgende Änderung an:

Im Beschlussvorschlag und in der Begründung ist der § 4 der Rechnungsprüfungsordnung benannt worden. Hier muss der § 4 richtigerweise durch den § 7 ausgetauscht werden.

Er bittet dieses in der Vorlage handschriftlich zu ändern.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen seitens des Kreistages keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage mit der genannten Änderung sodann zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 9 Bundesgartenschau 2015 - eine Herausforderung nicht nur für Havelberg, sondern für die gesamte Region
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 549/2014**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Frau Dr. Paschke führt aus: 6 Jahre sind eigentlich eine relativ lange Zeit. Wenn man eine Bundesgartenschau vorbereitet merkt man, wie kurz die Zeit ist, ehe man alles in die Spur gebracht hat. 2007 wurde in Köln entschieden, dass die Bundesgartenschau als länderübergreifende Gartenschau stattfindet. Die Hansestadt Havelberg ist einer der 5 Standorte der BUGA 2015. Besonders Havelberg hat sich trotz vieler Skeptiker dieser Herausforderung als so kleine Stadt zum einen und zum anderen als erstmals länderübergreifende BUGA gestellt, bei der so viele Städte mit beteiligt sind. Es sei ein Dank von dieser Stelle aus an Havelberg gerichtet, was diese Stadt und ihre Umgebung bisher geleistet hat. Wir wissen auch, dass die Verwaltung und der Kreistag mit seinen Ausschüssen, insbesondere der Haupt- und Personalausschuss sowie der Wirtschaftsförderungsausschuss, sich damit befasst haben. Auch der Behindertenbeirat, was die Barrierefreiheit betrifft. Das war immer sukzessive in den Jahren. Jetzt kommt es aber darauf an, den Endspurt zu leisten. Wir haben noch ein Jahr. Wir denken, dass es noch einmal ins Blickfeld der gesamten Region gerückt und geguckt werden sollte, wo noch Baustellen sind und wo man noch etwas verbessern kann, was vielleicht nicht Massen an Geld kostet, aber zu einem reibungslosen Ablauf einfach dazu gehört. Wir wollen ja, dass es über die Bundesgartenschau hinaus wirkt. Deshalb dieser Antrag, dass der Landrat einen Ist-Stand im April dem Kreistag gibt und dass sich die

Fachausschüsse jeweils in ihren Themenbereichen speziell damit befassen, was man noch machen könnte. Ich weiß, dass der Bildungsausschuss demnächst in Havelberg tagt. Dort könnte man gleich das Thema aufgreifen.

Beispielhaft möchte ich drei Dinge benennen, die den Bereich Havelberg angehen, bei denen noch einpaar Lösungen offen sind und über die man noch einmal diskutieren müsste.

1. Bei dieser Bundesgartenschau geht es ja von Dom zu Dom. Das Prignitz-Museum in Havelberg ist Bestandteil des BUGA-Geländes. Wir müssen absichern, dass in den 177 Tagen Bundesgartenschau ein Gleichklang mit den Öffnungszeiten des Prignitz-Museums und den eintrittspflichtigen Öffnungszeiten hergestellt wird. Da sollten wir überlegen, wie wir als Kreis helfen können, wie man das Ehrenamt einbinden kann oder wie man evtl. Honorarkräfte einbindet etc. Die Diskussion dazu ist in der Verwaltung bekannt. Hier sollten wir mithelfen, eine Lösung zu finden.
2. Des Weiteren will ich beispielhaft die Frage des ÖPNV anführen. Sie ist sicherlich in der Verwaltung nicht neu, insbesondere, was den länderübergreifenden ÖPNV betrifft. Es geht darum, dass eine Schnittstelle der Verbindung Havelberg-Stölln und dann Rathenow wieder zurück nach Stölln eingerichtet wird und dass es im Nahverkehr auch während der Schulferien Möglichkeiten gibt, dass dort der ÖPNV tätig wird.
3. Von der Verwaltung in Havelberg wurde noch besonders die Immobilie Eingang Havelberg, ehemalige Kreisverwaltung, benannt, ob man nicht bis zur BUGA die Außenfassade dieses Gebäudes ein bisschen „hübschen“ kann, weil dort der Zahn der Zeit sehr stark genagt hat. Und da könnte man gucken, wie wir unterstützen können.

So könnte man noch etliche andere Dinge aufführen. Und in den Ausschüssen werden sicherlich auch noch Dinge aufgerufen.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, dass es insbesondere bei Bundes- und Landesgartenschauen immer darum geht, inwieweit man die Nachhaltigkeit dieser Bundes- oder Landesgartenschauen garantiert. Ich denke, dass wirtschaftlich und touristisch einiges drinn ist. Auch im Bereich Ökologie, was das Informationszentrum Natura 2000 z. B. in Havelberg betrifft. Darüber sollten wir in den zuständigen Ausschüssen reden. Auch über die Barrierefreiheit. In unserem Ausschuss werden wir dann sehen, was alles umgesetzt wird.

Zum Neujahrsempfang sind wir mit dem Slogan „Die Altmark – Grüne Wiese mit Zukunft“ vertraut gemacht worden. Wenn man 1 1/2 Jahre vor einer Bundesgartenschau im Havelgebiet jetzt solchen Slogan macht, dann hätte ich mir zumindest gewünscht, dass wir dieser Region ein bisschen näher kommen, weil ja eine Masse an Touristen diesen Slogan mitnimmt. Aber nun ist es Grüne Wiese mit Zukunft. Jetzt müssen wir sehen, wie wir die Havelregion noch mit einbringen.

Herr Graubner möchte informieren, dass der Behindertenbeirat des Landkreises gestern getagt hat. Wir haben festgestellt, dass wir das Thema noch mehr bearbeiten müssen. Ich möchte an den Jahrtausendturm in Magdeburg erinnern. Er entstand anlässlich der Bundesgartenschau 1999 in Magdeburg. Auch dort sind wir auf Barrierefreiheit hin gefragt worden. Wir haben Stellungnahmen abgegeben. Das Ergebnis war, dass die Hunde und Behinderte nicht auf den Turm durften. Und die Hunde vor den Behinderten. Ich weiß, dass das alles Geld kostet. Aber wir werden uns damit noch beschäftigen müssen, denn wir wollen hier Zukunft gestalten. Und deswegen ist es wichtig, zumindest aus unserer Sicht, dass wir dort noch die Möglichkeit haben, mitzuarbeiten.

Herr Borstell meint, wenn man den Antrag liest, kann man zu dem Eindruck gelangen, dass bisher noch nichts getan wurde. Ich will daran erinnern, dass wir am 17.10.2013 in Havelberg in einer großen Runde zusammen gesessen haben. Dort hat Herr Poloski berichtet, die Leitidee und all die Dinge, die mit Havelberg zusammen hängen, vorgestellt. Man hat auch um Hilfe und Unterstützung gebeten. Er wurden Aspekte genannt, bei dem der Landkreis mit helfen kann (Unterbringung, Arbeitskräfte etc.). Der Landrat hat über den Stand aus seiner Sicht berichtet. Des Weiteren hat Herr Ulrich, Leiter Marketing Zweckverband BUGA, Bericht erstattet. Durch den Sachbearbeiter für den ÖPNV des Landkreises Stendal, Herrn Ulbrich, wurde das ÖPNV-Konzept zur BUGA 2015 vorgestellt. Der zuständige Mitarbeiter zum ÖPNV aus Brandenburg war zugegen. Man ist also voll in der Vorbereitung. Herr Hoche hat über wichtige Aspekte zum Thema BUGA 2015 und zum Prignitz-Museum informiert und die Dinge angesprochen, die noch notwendig wären, wenn man das Museum zur Bundesgartenschau ordentlich betreiben will. Der ganze Komplex ist besprochen worden. In meinen Augen sind wir so verblieben, dass im Frühjahr (Februar/März) der Landrat von sich aus im Ausschuss (Hauptausschuss oder

Finanzausschuss) Bericht erstatten wird. Wir haben uns mit Herrn Poloski am gleichen Tage noch auf eine Baustellenbesichtigung im Frühjahr 2014 verständigt. Und das war für mich das Verfahren. Für mich ist ausreichend, wenn wir darauf aufsetzen und so weiter verfahren. Die Verwaltung arbeitet daran. Das bestätigt Frau Dr. Paschke ja auch. An vielen Aspekten, die Frau Dr. Paschke genannt hat, wird schon längerfristig gearbeitet (Barrierefreiheit etc.) Man ist am Arbeiten. Es wurde auch gesagt, nach der Bundesgartenschau ist vor der Bundesgartenschau. Die Organisation greift seit 2007. Man muss wissen, wie man damit umgeht. Ich habe Vertrauen zur Verwaltung. Natürlich kann man sich immer wieder einbringen. Herr Graubner hat einen Aspekt eingebracht. Ich will sagen, dass wir uns schon längere Zeit damit beschäftigen und dass es aus meiner Sicht auch ganz gut läuft.

Herr Kühnel bemerkt, dass dieser Antrag eigentlich heißen müsste, „Bundesgartenschau 2015 – eine Herausforderung nicht nur für Havelberg, sondern für die Region - in der Einheitsgemeinde Havelberg in guten Händen“. Denn die Einheitsgemeinde Havelberg hat seit 2007 alles erdenkliche getan, um diese Bundesgartenschau vorzubereiten. Und jetzt kommen wir auf einmal Anfang 2014 darauf, uns dort mit Federn zu schmücken, die uns überhaupt nicht gehören. So etwas gehört sich nicht. Frau Dr. Paschke, Sie haben uns etwas erzählt, was gar nicht im Antrag steht. Sie schreiben im Antrag von offenen Problemen. Wir waren in Havelberg, und alle Fraktionen waren erschienen. Dort hat man uns vorgetragen, dass die Vorbereitung im Plan ist. Da war nichts von offenen Problemen zu hören. Nun schreiben Sie, dass Vorschläge für kreisliche Aktivitäten in Vorbereitung und Durchführung der BUGA unterbreitet werden sollen. Wir wollen keine eigenen Aktivitäten machen. Das macht die BUGA. Dafür ist sie zuständig. Ihre Fraktion hat im Haushalt 2014 nicht einen einzigen Antrag zur BUGA gestellt und tut nun so, als wenn wir jetzt helfen können. Das ist ein Schaufensterantrag zur Kommunalwahl, um zu sagen, wie aktiv Sie daran arbeiten. Und das muss man einfach ablehnen und sagen, Havelberger, wir sind stolz auf Euch. Wenn Ihr Probleme haben solltet, kommt zu uns. Wir helfen Euch. Aber nicht so, wie es in dem Antrag steht. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Der Vorsitzende erteilt Frau Hartmann, Behindertenbeauftragte des Landkreises Stendal, das Wort.

Frau Hartmann möchte mitteilen, dass die Behindertenbeauftragten der Stadt Havelberg, der Stadt Brandenburg und des Landkreises Stendal gemeinsam bereits ein 40 Punktepapier über die Barrierefreiheit zur BUGA der Geschäftsführung der BUGA überreicht haben. Wir haben dort Vorschläge unterbreitet und Forderungen gestellt. Man hat uns auch angehört. Wir sind immer noch dabei, zu diskutieren. Alles ist natürlich nicht aufs Ohr gestoßen. Wir sind auch schon das gesamte BUGA-Gelände abgelaufen und haben uns alles angesehen. Ich wollte den Kreistag darüber informieren, dass die Behindertenbeauftragten ihr Auge darauf haben.

Herr Klemm erklärt, dass die 5 Städte, die die BUGA 2015 durchführen, vor einigen Jahren einen Zweckverband gegründet haben. Dieser Zweckverband hat einen Geschäftsführer. Ich bin Mitglied der Zweckverbandversammlung. Ich kann Ihnen versichern, dass seit Jahren ganz intensiv an diesen Punkten gearbeitet wird. Der Geschäftsführer des Zweckverbandes, Herr Skupch, hat vor einigen Wochen Infotouren im gesamten Landkreis Stendal durchgeführt; in Stendal, Osterburg, Seehausen und Havelberg. Auch ins Brandenburgische hinein. Es konnten sich viele Bürger darüber informieren, wie der Stand der Abarbeitung ist. In Havelberg sind eigentlich fast alle Projekte im Zeitplan. Wenn das Wetter weiter so mitspielt, werden wir es sicherlich in den verbleibenden 13 Monaten schaffen, die ganzen Objekte entsprechend herzurichten. Zum ÖPNV gibt es einen Verkehrsplan für das gesamte BUGA-Gebiet. Dort sind Wasserstraßen, Straßen und Radwege alle mit eingebunden. Der Verkehrsplan wurde uns schon vor einem Jahr in der Verbandsversammlung vorgestellt und wird weiterhin bearbeitet. Es sind Verträge geschlossen worden. Wenn in Havelberg Probleme auftreten sollten, die den Landkreis betreffen (Baugenehmigung, Umsetzung von Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen etc.), wird man sich sicherlich eher direkt an die Verwaltung wenden. Und ich gehe davon aus, dass es hier in diesem Hause problemlos geklärt wird.

Dass in den 6 Jahren alle schon ganz fleißig waren, so Frau Dr. Paschke, habe ich gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass der Kreistag noch nichts getan hat bzw. die Ausschüsse oder die Verwaltung. Auch nicht, dass Havelberg nichts gemacht hat. Wir stellen ja so einen Antrag nicht im luftleeren Raum. Die drei Punkte, die ich ganz konkret angesprochen habe, sind ja besprochen. Es geht jetzt darum, dass wir kurz vor Schluss garantieren, eine Lösung für offene Probleme zu haben. Wir wissen auch, dass die Probleme bekannt sind. Es geht um die Umsetzung und wie wir und der Kreis das klären könnten. Da soll sich keiner angegriffen fühlen, der sich für die BUGA auf ganz unterschiedliche Weise engagiert hat. Ich würde es traurig finden, wenn wir kein Signal geben und es einfach ablehnen würden.

Herr Kühnel geht darauf ein, dass hier schon wieder das Wort Probleme gefallen ist. Es gibt keine Probleme. Die BUGA ist im Zeitplan. Wir hatten diese Sitzung in Havelberg und waren uns alle einig, dass über die BUGA weiterhin Bericht erstattet wird. Wir haben eine Verwaltung. Und die ist in der Lage, sollte eine Sache vorstellig werden, dass diese ganz schnell und prompt gelöst wird. Wir müssen hier nicht Eindrücke erwecken, die nicht da sind. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Frau Braun weist darauf hin, dass man hier in einer öffentlichen Sitzung ist. Es haben jetzt alle gesagt, die zeitnah informiert sind, einschließlich Kollegin Hartmann, dass es keine Problemfelder gibt. Ich kenne auch kein Problemfeld. Herr Klemm hat aus der Sicht des Stadtratsvorsitzenden der Stadt Havelberg versichert, man ist im Zeitplan. Alles, was zu tun ist, ist getan worden. Es sitzt die Presse hier im Raum. Wenn wir so eine Diskussion zulassen und wenn wir diesem Antrag stattgeben, was hat das für eine Außenwirkung? Das bedeutet ja, dass wir letztendlich als Retter auftreten und die Dinge zum Schluss noch richten. Und das kann es nicht sein. Hier sind Verantwortliche wirklich hoch engagiert. Und ich möchte, dass in der Presse morgen steht, alles ist in Lot. Die BUGA kann sofort eröffnet werden. Es gibt keine Probleme.

Herr Luksch kann die Äußerung von seinem Stadtratsvorsitzenden so nicht begrüßen. Sicherlich gibt es keine gravierenden Probleme, aber es gibt trotzdem kleinere Probleme. Und wenn es keine Probleme geben würde, dann kann mir der Landrat ja auch sagen, was mit dem Gebäude der Kreisverwaltung passiert. Es gehört dem Kreis und nicht der Stadt Havelberg. Wenn es da keine Probleme gibt, kann man heute und jetzt sagen, wie dieses Problem mit der Ansicht gelöst werden kann. Ich würde es begrüßen, wenn man ein kleines bisschen darüber nachdenkt und sagt, dass sind Probleme, die stehen an, mit denen muss man sich befassen. Und nicht erst im Frühjahr, wenn es soweit ist.

Herr Berlin gibt Frau Braun und Herrn Kühnel Recht. Wir sollten daran denken, dass wir im öffentlichen Teil sind und uns da nicht noch Probleme machen. Es läuft. Der Landrat wird sich weiterhin darum kümmern. In Havelberg hat er zwei Ausschüsse informiert. Der Zweckverband und der Bürgermeister waren anwesend. Frau Dr. Paschke, wo es noch Probleme gibt, ist beim Land bei einem Gebäude. Aber beim Landkreis sehe ich jetzt kein Problem. Deswegen würde ich auch sagen, dass können wir sein lassen.

Der Landrat will zunächst auf die 3 Beispiele von Frau Dr. Paschke eingehen.

Zum Personal im Prignitz-Museum: Es ist nicht so, dass wir da ehrenamtlich unterstützend tätig sein werden. Es ist das Museum des Landkreises, und wir müssen dafür sorgen, dass es von morgens bis abends offen ist. Das schaffen wir dort mit den zwei Teilzeitkräften nicht. Dazu werden wir 3 Wege beschreiten. Der erste ist, dass ich in den nächsten Tagen versuche, Personal aus der Verwaltung zu finden, das für ein halbes Jahr nach Havelberg geht. Der zweite Weg ist, dass wir insbesondere Havelberger, die in der Ruhephase Altersteilzeit sind, auf Zuverdienstbasis aktivieren. Dort sind gute Leute dabei. Der dritte Weg wäre, dass wir im Herbst anfangen, vernünftiges Personal auf Zuverdienstbasis über „Aktiv zur Rente“ oder über das Programm Bürgerarbeit zu finden. Da müssen wir schauen, dass das Ganze für uns auch bezahlbar ist. Wir verzichten ja in der Zeit auf Eintrittsgelder, da man nicht zweimal Eintritt zahlt. Dafür verkaufen wir im Museum aber andere Dinge.

Zur Frage ÖPNV: Hier müssen wir zwei Dinge klären. Das eine hat Frau Dr. Paschke angesprochen (Stölln). Der ÖPNV ist hier länderübergreifend. Das zweite ist, dass wir eine vernünftige Verbindung nach Glöwen schaffen. Die meisten Leute werden über Zug Glöwen kommen und wollen dann nach Havelberg weiter. Da müssen wir organisieren, dass so viel als möglich Zubringerbusse fahren.

Zur Außenstelle: Wir haben nicht nur die Außenstelle der Kreisverwaltung am Ortseingang von Havelberg. Dem Kreis gehört auch das Jugendzentrum neben der Tourist-information in Havelberg. Und das macht mir ein bisschen Sorge und sieht auch nicht so prickelnd aus. Die Fassade der Außenstelle wird gestrichen, was dann allerdings nicht mehr als ein Potemkin'sches Dorf ist. Das ist uns hier in der Verwaltung klar. Es sieht dann schick aus. Es hat aber keine Wärmedämmung oder dergleichen mehr. Beim Jugendzentrum wissen wir noch nicht richtig, was wir da machen.

Bei der zweiten Lesung zum Haushalt hatten wir noch Geld für das Museum in Havelberg eingestellt (14 T€). Herr Hoche hat darauf hingewiesen, dass im Museum Dinge verändert werden müssen, um die Besucherströme zu kanalisieren. Wie viele Besucher kommen werden, weiß keiner. Es sollen ja einpaar Tausend sein. Wenn schönes Wetter ist, wird kaum einer ins Museum gehen. Wenn es aber regnet, werden alle im Museum sein. Und darauf muss man vorbereitet sein. Sowohl räumlich als auch personell.

In den nächsten Tagen und Wochen tagen zwei Ausschüsse in Havelberg. Der Kulturausschuss führt im Mai in Havelberg seine Sitzung durch und wird sich mit den Museumstätigkeiten dort beschäftigen. Der Ordnungs- und Umweltausschuss tagt im April in Havelberg zum Thema Informationszentrum Natura 2000. Egal wie die Abstimmung zum Antrag heute ausgeht, werden diese Themen in den nächsten Wochen Bestandteil dieser Ausschusssitzungen sein.

Die Baustellenbesichtigung haben wir noch nicht organisiert.

Seitens des Kreistages bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 9 Nein mehrheitlich Enthaltung 3

**zu TOP 10 Vertretung des Landrates in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung des Landkreises Stendal mbH und der Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstel mbH
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 543/2014**

Der Vorsitzende stellt die Mitteilungsvorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 11 Anfragen und Hinweise

Frau Dr. Paschke hat zwei Fragen an den Landrat:

1. Ich habe heute bei Ihrer Berichterstattung über wichtige Angelegenheiten des Landkreises vermisst, dass Sie noch einmal auf das Konzept zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern eingehen. Gesetzlich ist es nicht eine Pflicht, es hier in den Kreistag als Mitteilungsvorlage einzubringen. Wir denken aber, Integration ist Anliegen aller und liegt mit in Verantwortung des Kreistages. Der Kreistag hat 2011 den Rahmenplan zur Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal beschlossen. Fraktionsübergreifend hat man zugestimmt, dass das Konzept als Mitteilungsvorlage in den Kreistag geht. Warum haben Sie dennoch vorgezogen zu sagen, es ist Sache der Verwaltung?
2. Stimmen Sie mir zu, dass wir beim Konzept dezentrale Unterbringung noch Reserven hinsichtlich der Personengruppen und der Anzahl haben, die dezentral untergebracht werden können?

Der Landrat antwortet, dass es um die Richtlinie geht. Die Richtlinie ist auf der Internetseite des Landkreises veröffentlicht. Es ist jetzt die Frage, ob man diese Richtlinie noch als Mitteilungsvorlage in den Kreistag bringt? Im Pressegespräch wurde über die Richtlinie informiert. Die Presse hat auch darüber berichtet. Wir denken im Moment noch intensiv darüber nach, ob wir sie auch im Amtsblatt veröffentlichen. Wenn es alle wünschen, dass die Richtlinie als Mitteilungsvorlage in den Kreistag soll, dann wird es so erfolgen. Ich habe dies jetzt nicht als dringend gesehen, weil die Richtlinie schon veröffentlicht ist.

Zur Frage, ob es noch Reserven gibt: Ich habe kein schlechtes Gewissen mit unserer Gemeinschaftsunterkunft. Ausgangslage war ja die Richtlinie vom Land. In anderen Gemeinschaftsunterkünften gibt es ja einpaar Defizite. Wir haben hier keine Kaserne, wir haben hier Wohnungen. Die Leute sind bereits schon in Wohnungen untergebracht. Die Integration ist auch immer damit verbunden, dass man mit anderen Deutschen zusammen ist und

dadurch wirklich integriert wird. Das schaffen wir in einer Gemeinschaftsunterkunft nicht so gut. Deshalb macht es Sinn, die Ausländer nach einer gewissen Zeit aus der Gemeinschaftsunterkunft heraus zu bringen. Ich habe mit den Wohnungsunternehmen gesprochen, ob sie bereit sind, die Ausländer unterzubringen. Das haben sie zugesagt. Wir haben Rahmenverträge vorgeschlagen, die aber noch nicht alle abgeschlossen sind. Den Wohnungsunternehmen ist auch klar gesagt worden, dass wir nicht einzelne Blöcke im Stadtseegebiet haben wollen, in denen ausschließlich nur Ausländer wohnen. Damit haben wir nichts gekonnt. Die Ausländer sollen so dezentral wie möglich untergebracht werden. Nur dann macht das Ganze auch Sinn. Das haben die Wohnungsunternehmen zugesagt. Es wurden Anträge gestellt. Wir haben auch schon Leute aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen lassen. Das ist immer mit einpaar Kosten und mit ein bisschen Zeit verbunden, weil wir die Wohnung einrichten müssen. Einpaar Anträge wurden abgelehnt. Es wurden aber eine ganze Reihe auch schon genehmigt. Aus meiner Sicht sind wir auf dem guten Weg, dass wir die Ausländer dezentral unterbringen. Mehr würde in einer Mitteilungsvorlage auch nicht stehen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.